



Presseschau vom 04.07.2022

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, snanews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dnr-news, novorosinform u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken dan-news, lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir, UNIAN, Ukrinform, KorrespondenT und die Online-Zeitung Timer aus Odessa* ein. Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dan-news, lug-info, dnr-news, novorosinform u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (BigMir, Ukrinform, UNIAN, KorrespondenT und Timer) gekennzeichnet. Die Wiedergabe russischer und anderer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet. Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Die Online-Version ist unter <https://alternativepresseschau.wordpress.com/> erreichbar.

Technischer Hinweis:

Bei den ‚Lesetipps‘ und für Bilder verwenden wir externe Verweise auf die Originalquellen. Wegen aktuell bestehender Einschränkungen innerhalb der EU kann es vorkommen, dass einzelne Verweise zeitweilig nicht funktionieren.

In vielen Fällen lässt sich das Problem beheben, indem man in den Verbindungseinstellungen des jeweiligen Browsers ‚DNS über HTTPS‘ aktiviert ([Anleitungen](#) u.a. [hier](#)) und einen geeigneten DNS-Server (z.B. Cloudflare) festlegt.

Reicht das nicht aus, bietet sich die Nutzung eines VPN mit einem Server außerhalb der EU an. Ein Beispiel hierfür ist [ZenMate](#), das für alle gängigen Browser als kostenlose Erweiterung verfügbar ist. In der kostenlosen Version eignen sich hier die Server in den USA und Singapur.

Referenzierte Bilder werden manchmal nicht sofort angezeigt, weil die jeweiligen Quellen eine eingebaute DDoS-Prüfung verwenden. Hier hilft meist, das jeweilige Bild über das Kontextmenü des Browsers explizit neu zu laden.

Außer der Reihe – Lesetipps:

de.rt.com: Live-Ticker zum Ukraine-Krieg

Russland führt gemeinsam mit den Streitkräften der Donbass-Republiken eine Militäroperation in der Ukraine durch. Der Westen reagiert mit immer neuen Waffenlieferungen an die Ukraine und beispiellosen Sanktionen. Hier lesen Sie die neuesten Entwicklungen. ...

<https://kurz.rt.com/2tg9> bzw. [hier](#)

Dagmar Henn: **Was wäre, wenn ... die Deutschen die Sanktionen leid sind?**

Bisher haben sie alles brav hingenommen, die Deutschen. Nicht nur die ganzen Corona-Maßnahmen, auch die Ankündigung des regierungsamtlich verpassten Kältewinters. Aber was, wenn sich das ändern sollte? Ein Gedankenspiel. ...

<https://kurz.rt.com/3201> bzw. [hier](#)

Roman Antonowski: **Konferenz zu Russlands "Dekolonisierung": Wer ist hier eigentlich der Kolonialist?**

In einer aktuellen Konferenz unter US-Ägide zur "Dekolonisierung" Russlands wurde thematisiert, wie die Russische Föderation entlang nationaler Grenzen geteilt werden solle. Doch die Idee eines "inneren Kolonialismus" zeigt bloß ein Fehlen von Geschichtskenntnissen bei westlichen Eliten auf – ebenso wie ihren Hang zur Projektion. ...

<https://kurz.rt.com/31gt> bzw. [hier](#)

Scott Ritter: **Bestie NATO: Von Europas Wachhund zum Kampfhund der USA**

Von einem angeblichen Verteidigungsbündnis hat sich die NATO zu einem Aggressor entwickelt, der dazu bestimmt ist, von den USA diktierte "Regeln" durchzusetzen. Die Weltgemeinschaft täte gut daran, diese Bestie auf dem Trümmerhaufen der Geschichte zu entsorgen. ...

<https://kurz.rt.com/31zo> bzw. [hier](#)

Dagmar Henn: **Grün ist der Untergang – Teil 3: Die Liebe zum transatlantischen Herrchen**

Seit über vierzig Jahren gibt es die Partei der Grünen, und sie hat die deutsche Politik weit stärker geprägt, als ihre Regierungsbeteiligungen vermuten lassen. Jetzt macht sie sich daran, den Untergang dieses Landes zu inszenieren. Zeit für eine Bilanz. ...

<https://kurz.rt.com/31ww> bzw. [hier](#)

Olga Samofalowa: **Auswirkungen des westlichen Goldembargos auf Russland**

Die G7-Staats- und Regierungschefs prahlen mit dem soeben verhängten Kaufverbot für russisches Gold: Man habe dem russischen Außenhandel einen schweren Schlag versetzt. Jedoch werden die tatsächlichen Auswirkungen der neuen Sanktionen die G7-Führer wahrscheinlich enttäuschen. ...

<https://kurz.rt.com/31za> bzw. [hier](#)

Daniel Kovalik: **Die weltweit größten Sponsoren eigener imperialer Macht fordern die "Dekolonisierung" Russlands**

Die Vereinigten Staaten, das mächtigste Kolonialreich der modernen Geschichte, sponsern eine virtuelle Podiumsdiskussion über den angeblichen "Imperialismus" Russlands. Der Mangel an Selbstreflexion geht dabei förmlich spürbar unter die Haut. ...

<https://kurz.rt.com/320a> bzw. [hier](#)

de.rt.com: **Wie Politik und Agrarkonzerne in Kriegszeiten "Hunger für den Profit" verschleiern**

In ihrer aktuellen Pressemitteilung erklärt die internationale Organisation Navdanya, wie

multinationale Agrarkonzerne und die Nahrungsmittelindustrie die aktuelle politische Lage dazu nutzen, um der Profite Willen eine künstliche Nahrungsmittelknappheit zu erzeugen. ...
<https://kurz.rt.com/31rx> bzw. [hier](#)

de.rt.com: **Kanzler Scholz im US-Interview: "Putin denkt wie die Imperialisten im 17., 18. und 19. Jahrhundert"**

Scholz sieht den Ukraine-Krieg als einen Wendepunkt der internationalen Politik. Putin sei derjenige, "der die falschen Dinge tut". Der Frieden sei "in Gefahr". Die NATO sei nicht aggressiv. Bei der Energieversorgung müssten sich die Menschen auf "eine schwierige Situation vorbereiten". ...

<https://kurz.rt.com/320n> bzw. [hier](#)

abends/nachts:

20:50 (19:50) novorosinform.org: **"Das wird eine neue Stadt": Turtschak enthüllte Pläne zur Wiederherstellung von Mariupol**

Die russischen Behörden werden das befreite Mariupol vollständig wiederherstellen, das dabei in vielerlei Hinsicht eine neue Stadt werden wird. Dies erklärte der Sekretär des Generalrats der Partei "Einiges Russland" Andrej Turtschak.

Ihm zufolge ist Mariupol ein Wahrzeichen für Russland, das endlich in seinen Heimathafen zurückgekehrt ist. In der Stadt liefen bereits Restaurierungsarbeiten. Besonderes Augenmerk werde auf die Hafeninfrastruktur gelegt.

„Es liegt noch viel Arbeit vor uns. Aber wir wissen sicher, dass wir es schaffen werden. Wir werden die Stadt wieder aufbauen. Und es wird ein neues Mariupol sein, noch besser als es war“, schrieb Turtschak in seinem Telegram-Kanal.

Der Sekretär des Generalrats von „Einiges Russland“ gratulierte den Einwohnern von Mariupol zum Tag der Seeleute und versprach der Stadt eine glorreiche Zukunft als Teil Russlands.



https://novorosinform.org/content/images/81/38/48138_720x405.jpg

20:08 de.rt.com: **Scholz warnt vor Fähigkeit Russlands, längeren Einsatz in der Ukraine durchzuhalten**

Der russische Präsident Wladimir Putin hat die Entscheidung für den Beginn der Militäroperation in der Ukraine nach Ansicht von Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) mit deutlichem Vorlauf getroffen. "Ich denke, die Entscheidung für diesen Krieg wurde ein Jahr vor seinem Beginn getroffen, oder möglicherweise schon früher", sagte er in einem am Sonntag komplett veröffentlichten Interview des US-Senders CBS. Deswegen werde

Russland genügend Ressourcen für einen längeren militärischen Einsatz in der Ukraine haben, erläuterte Scholz weiter auf Englisch. Das Gespräch wurde nach dem Nato-Gipfel in Madrid geführt, der am Donnerstag beendet war.

Scholz erklärte zudem, dass es falsch gewesen sei, sich in der Vergangenheit einseitig abhängig von russischer Energie zu machen. "Wir hätten also in ganz Europa in eine Infrastruktur investieren sollen, die uns die Möglichkeit gibt, das Angebot von einem Tag auf den anderen zu ändern", sagte Scholz.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/original/62c1d22f48fbef49b20b2eb1.jpg>

21:30 (20:30) novorosinform.org: **Die Zahl der Opfer des heutigen Beschusses von Makejewka hat sieben erreicht**

Infolge des Beschusses durch die Streitkräfte der Ukraine auf Makejewka wurden drei Menschen getötet und vier weitere verletzt.

Nach Angaben des Stabs der Territorialverteidigung der DVR hat die Zahl der Opfer des heutigen Beschusses von Makejewka sieben erreicht. Drei Zivilisten wurden getötet, vier wurden unterschiedlich schwer verletzt.

Ein weiterer Zivilist starb in Donezk. So wurden heute in der DVR infolge der ukrainischen Aggression 4 Menschen getötet und 10 verletzt.

„Passen Sie auf sich und Ihre Familie auf, versuchen Sie, Ihr Haus nicht unnötig zu verlassen. Verlassen Sie Unterstände nicht während des Beschusses“, wandte sich der Stab der Territorialverteidigung an die Einwohner der Republik.



https://novorosinform.org/content/images/81/39/48139_720x405.jpg

20:55 de.rt.com: **Russland leitet Untersuchung zu Belgorod-Angriff ein**

Das Ermittlungskomitee der Russischen Föderation, das dem Generalstaatsanwalt unterstellt ist, hat am Sonntag mitgeteilt, dass es nach dem mutmaßlichen Beschuss von Belgorod durch ukrainische Truppen ein Strafverfahren wegen Mordes und versuchten Mordes eröffnet habe. In der Mitteilung heißt es:

"Die Hauptuntersuchungsdirektion des russischen Ermittlungskomitees eröffnete ein Strafverfahren wegen Tötung von zwei oder mehr Menschen (Teil 2, Artikel 105 des russischen Strafgesetzbuches) und versuchten Mordes an zwei oder mehr Menschen (Teil 3, Artikel 30 und Teil 2, Artikel 105 des russischen Strafgesetzbuches) nach dem Beschuss von Belgorod durch ukrainische Truppen."

Die Behörde ergänzte:

"Am 3. Juli eröffneten die ukrainischen Streitkräfte das Feuer auf die zivile Infrastruktur in einer Siedlung in der Region Belgorod mit dem Ziel, Zivilisten zu töten."

Infolge des Beschusses seien drei Menschen getötet worden, zwei weitere gelten als vermisst, darunter ein Kind. Vier Zivilisten, darunter ein Kind, sind Berichten zufolge verwundet worden. Neununddreißig Privathäuser und elf Wohnhäuser seien beschädigt, ein Haus zerstört worden.

21:58 (20:58) novorosinform.org: **Der Botschafter der LVR in Russland sprach über die Beteiligung westlicher Söldner am Donbass-Konflikt**

Nach der Befreiung von Sewerodonezk und Lisitschansk erhielt die LVR neue Beweise für die Beteiligung ausländischer Söldner an dem Konflikt. Dies erklärte der Botschafter von LVR in Russland Rodion Miroshnik.

Ihm zufolge planten die Ausländer die Befestigung und koordinierten die Einheiten der Streitkräfte der Ukraine in der Frontrichtung Sewerodonezk-Lisitschansk.

„Es wird definitiv Beweise für das Tribunal, für den UN-Sicherheitsrat, für internationale Verfahren geben, wenn der Westen versucht zu sagen, dass dies nicht sein Konflikt sei, dass er sich nicht daran beteilige“, zitierte RIA Novosti Miroshnik.

Der Diplomat stellte fest, dass die LVR Beweise für die Beteiligung ausländischer Söldner an Feindseligkeiten auf dem Territorium von Sewerodonezk und Lisitschansk habe, die verwendet würden, um westliche Länder vor internationalen Instanzen anzuklagen.



https://novorosinform.org/content/images/81/40/48140_720x405.jpg

6:57 de.rt.com: **Nach Befreiung von Lissitschansk: Russische Truppen rücken auf Slawjansk vor**

Nach der Befreiung der Großstadt Lissitschansk im Osten der Ukraine rücken die russischen Streitkräfte auf den Ballungsraum um Slawjansk vor. Der ukrainische Generalstab teilte am Montag in Kiew mit, dass russische Einheiten versuchten, die Kontrolle über mehrere Ortschaften nördlich und nordöstlich von Slawjansk zu erlangen.

Der ukrainische Präsident Wladimir Selenskij erklärte nach der neuerlichen militärischen Niederlage unterdessen, dass sich seine Truppen auf dem Vormarsch befänden. Lissitschansk sei noch nicht verloren:

"Wenn das Kommando unserer Armee Menschen von bestimmten Punkten der Front abzieht, wo der Feind den größten Feuervorteil hat, insbesondere Lissitschansk, bedeutet das nur eins: Dass wir dank unserer Taktik, dank der verstärkten Versorgung mit modernen Waffen zurückkommen werden."

Telegram-Kanal der Volksmiliz der LVR: Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR Hauptmann I.M. Filiponenko über die Lage am 4.7.2022

Einheiten der Volksmiliz der LVR haben gemeinsam mit der 8. allgemeinen Armee der Streitkräfte der RF und anderen Einheiten der verbündeten Kräfte Lissitschansk und die umliegenden Ortschaften befreit, womit sie die **Befreiung der Lugansker Volksrepublik von ukrainischen Nationalisten abgeschlossen** haben.

Die Volksmiliz der LVR wird die Offensive fortsetzen, bis sie das Gebiet vom ukrainischen Nazismus befreit hat.

Außerdem setzt die Volksmiliz der LVR weiter gemeinsam mit Freiwilligen und humanitären Organisationen die Versorgung der Einwohner der befreiten Territorien der Republik mit den notwendigen Hilfsgütern fort.

8:50 de.rt.com: EU-Förderbank will Wiederaufbau der Ukraine mit 100-Milliarden-Euro-Hilfsprogramm unterstützen

Die Europäische Investitionsbank (EIB) will zum Wiederaufbau der Ukraine angesichts der hohen Schäden infolge des Krieges ein Hilfsprogramm auflegen, das bis zu 100 Milliarden Euro aufbringen soll. Wie die Nachrichtenagentur Reuters unter Berufung auf eingesehene Dokumente berichtet, sehen die Pläne der EIB demnach einen EU-Ukraine Gateway Trust Fund vor, für den von Ländern der EU und aus dem EU-Haushalt zunächst 20 Milliarden Euro in Form von Zuschüssen, Darlehen und Garantien bereitgestellt werden sollen.

Bis zu 100 Milliarden Euro soll dann mit Hilfe privater Investoren mobilisiert werden, was etwa der Hälfte des unmittelbaren Bedarfs der Ukraine entspricht. Das Geld soll den Dokumenten zufolge vor allem für den Wiederaufbau der Infrastruktur wie Brücken, der Wasser- und Energieversorgung, aber auch der Telekommunikationsnetze verwendet werden.

Die EU-Förderbank will ihren Vorschlag im Tagesverlauf auf einer Konferenz zum Wiederaufbau der Ukraine im schweizerischen Lugano vorlegen, an der unter anderem auch EU-Kommissionschefin Ursula von der Leyen und der ukrainische Ministerpräsident Denis Schmigal teilnehmen. Die EU-Kommission und die EU-Staaten müssen dem noch zustimmen. Der Vorschlag ähnelt einem Hilfsprogramm, das die EU mit Hilfe der EIB zur Unterstützung kleiner und mittlerer Unternehmen in der Corona-Krise aufgelegt hatte. Bei dem heutigen Treffen in der Schweiz werden Vertreter aus rund 40 Geberländern erwartet, ebenso wie viele internationale Organisationen und Finanzinstitutionen. Beraten werden soll, wer welche Aufgabe übernehmen kann. Der Bedarf wird auf Hunderte Milliarden Euro geschätzt. In einer "Erklärung von Lugano" sollen die wichtigsten Prinzipien für den Wiederaufbau festgelegt werden. "Angesichts der historischen Aufgabe kann man nicht früh genug anfangen, den Wiederaufbau zu planen und zu koordinieren", erklärte Markus Berndt von der EIB.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/original/62c288ee48fbef486a67a517.jpg>

9:20 de.rt.com: **Cherson-Gebiet: Russlands Nationalgarde entdeckt Beweise für militärische Aufklärungsarbeit der OSZE für die Ukraine**

Spezialkräfte der russischen Nationalgarde haben in der Region Cherson Dokumente sichergestellt, die eine militärische Aufklärungsarbeit der OSZE-Beobachter im Auftrag der ukrainischen Geheimdienste bestätigen. Dies [berichtete](#) die russische Nachrichtenagentur TASS mit Verweis auf den Pressedienst der russischen Nationalgarde:

"Bei der Durchführung gezielter Sicherungs- und Ermittlungsarbeiten fanden Spezialkräfte der Rosgwardija im Haus des ehemaligen Leiters der SBU-Abteilung in der Region Cherson, General Wjatscheslaw Sawtschenko, Dokumente der internationalen Beobachterorganisation OSZE vor, die auf eine Zusammenarbeit mit ukrainischen Sicherheitsdiensten hinweisen."

Genaugenommen durchsuchten Spezialeinheiten der Rosgwardija in Cherson die luxuriöse Villa des ukrainischen Geheimdienstgenerals:

"Die teure Dekoration des Hauses, oder besser gesagt eines wahrhaftigen Palastes, deutet auf das Vorhandensein großer Finanzquellen des ehemaligen Leiters des SBU im Gebiet Cherson hin. In dem Gebäude wurden Dokumente der Mission der internationalen

Beobachterorganisation OSZE in der Ukraine vorgefunden, aus denen hervorgeht, dass Vertreter der ausländischen Mission in Cherson ansässig waren und die persönliche Schirmherrschaft seitens Sawtschenkos genossen. Die häufige Anwesenheit von OSZE-Beamten in dem Haus wird auch durch Zeugenaussagen von Anwohnern bestätigt."

Die Gardesoldaten beschlagnahmten ein handschriftliches Schema mit den Stand- und Dislozierungsstellen russischer Streitkräfte in den Gebieten Krim, Rostow, Smolensk, Belgorod und Woronesch. Die Folgerungen lauten:

"Dies bestätigt einmal mehr die Durchführung von Aufklärungsaktivitäten durch die OSZE-Mission im Interesse der ukrainischen und der NATO-Geheimdienste. Die Unterlagen sind den zuständigen Behörden weitergeleitet worden. Sie zeugen von der langfristigen und engen Zusammenarbeit zwischen der internationalen Organisation und der ukrainischen Führung, die über den offiziellen Rahmen und die erklärten Aufgaben hinausging."

Telegram-Kanal der Volksmiliz der DVR: Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR zur Lage am 4.7.22 um 10:30 Uhr

Die ukrainische Seite terrorisiert weiter die Zivilbevölkerung der Republik, indem sie massive Artillerieschläge auf Wohngebiete und Objekte der zivilen Infrastruktur verübt, die ihrerseits keine militärischen Objekte sind und keine Gefahr für den Gegner darstellen.

In den letzten 24 Stunden hat der Gegner nach Informationen des GZKK der DVR **mehr als 270 Geschosse** mit Mehrfachraketenwerfern „Grad“, Rohrartillerie des Kalibers 155mm,

152mm und 122mm sowie 120mm- und 82mm-Mörsern und automatischen Granatwerfern **abgefeuert**.

Die Gebiete von **15 Ortschaften** der Republik wurden beschossen. Infolge von Beschuss wurden **20 Zivilisten, darunter 4 Kinder, verletzt, 5 Zivilisten starben**. 34 Wohnhäuser und 4 zivile Infrastrukturobjekte wurden beschädigt.

Zusätzliche Informationen über verletzte Zivilisten und Schäden an Infrastruktur werden noch ermittelt.

Durch gemeinsame Handlungen von Soldaten der Donezker Volksrepublik und der Streitkräfte der Russischen Föderation wurden in den letzten 24 Stunden folgende feindliche Waffen und Militärtechnik vernichtet: 2 Mehrfachraketenwerfer BM-21 „Grad“, 3 Lastwagen und mehr als 60 Mann. 2 Feuerstellungen des Gegners im Gebiet von Awdejewka und Newelskoje wurden beseitigt.

9:50 de.rt.com: **Statistisches Bundesamt: Zahl deutscher Exporte nach Russland wieder leicht gestiegen**

Die Zahl deutscher Exporte in die Russische Föderation ist laut neusten Erhebungen des [Statistischen Bundesamts](#) im Mai erstmals wieder leicht gestiegen. Demnach stieg der Warenumsatz im Mai gegenüber dem Vormonat um 29,4 Prozent auf eine Milliarde Euro, nachdem er im März um fast 60 Prozent gegenüber Februar und im April um insgesamt 9,9 Prozent gegenüber März eingebrochen war.

Gegenüber dem Vorjahresmonat ist die Anzahl deutscher Exporte nach Russland im Mai infolge des Ukraine-Kriegs allerdings um 54,6 Prozent gesunken. Im Vergleich zum Vormonat gingen die Importe aus Russland im Mai um 9,8 Prozent auf 3,3 Milliarden Euro zurück.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/original/62c2991fb480cc5685729aa0.jpg>

10:25 de.rt.com: **Syriens Botschafter in Russland: Westen schleust IS-Terroristen in die Ukraine**

Der Westen, allen voran die USA, schmuggelt gemeinsam mit der Türkei Kämpfer der Terrormiliz Islamischer Staat in die Ukraine. Hierüber informierte der syrische Botschafter in der Russischen Föderation Riad Haddad in einem Interview mit der russischen Nachrichtenagentur TASS:

"Wir sind nicht überrascht, dass die USA, der Westen überhaupt sowie die Türkei Kämpfer der Terrororganisationen IS und Dschabhat al-Nusra aus der syrischen Provinz Idlib in die Ukraine verlegen – denn diese Gruppen beide vom Westen gegen friedliche Völker eingesetzt werden."

Derartige Schritte würden die Ukraine in eine Drehscheibe für Terroristen und Söldner verwandeln, was wiederum negative Folgen für die Sicherheit in der Welt haben werde. Zuvor hatte schon der Leiter der Pressestelle des russischen Dienstes für Äußere Aufklärung (SWR) Sergej Iwanow seinerseits erklärt, dass die USA aktiv Kämpfer des IS rekrutieren, um sie als Söldner an den Kampfhandlungen in der Ukraine einzusetzen.

10:59 de.rt.com: **Erfolgreiche Aufklärungsmission für Libanon – Israel fängt Drohnen der Hisbollah über Mittelmeer ab**

Israel hat drei unbewaffnete Drohnen der Hisbollah über dem Karisch-Gasfeld im Mittelmeer abgeschossen. Die Hisbollah bezeichnete in einer Erklärung diese Aktion als "erfolgreiche Aufklärungsmission". Man habe mit dem Vorstoß eine Botschaft an Israel überbracht. Die israelische Armee hat am Sonntag nach eigenen Angaben drei Drohnen der Hisbollah-Bewegung über dem Mittelmeer, die sich auf ein umstrittenes Gasfeld zubewegten, abgefangen.

Der israelische Verteidigungsminister Benny Gantz sagte, die im Libanon ansässige Hisbollah versuche, die Bemühungen der USA zu behindern, ein Abkommen über die Seegrenzen zwischen Israel und dem Libanon auszuhandeln. Im Mittelpunkt dieser Gespräche stehen neue Gasfelder im Mittelmeer, die Israel trotz der Einwände des Libanon erschließen will. Wie die israelische Armee auf Twitter [mitteilte](#), seien die Hisbollah-Drohnen nicht bewaffnet gewesen und hätten keine Gefahr dargestellt. Eine Drohne wurde demnach von einem Kampfflugzeug F-16 abgefangen, die beiden anderen von einem Kriegsschiff.

Während die israelische Armee den Abschuss der Drohnen am Wochenende als eine Abschreckungsmaßnahme lobte, sprach die Hisbollah in einer Stellungnahme von einer "erfolgreichen Aufklärungsmission". Die Hisbollah teilte in einer Erklärung mit, dass sie drei unbewaffnete Drohnen auf das Karisch-Gasfeld für eine Aufklärungsmission sowie zum Senden einer Botschaft an Israel abgefeuert habe. Mittlerweile [veröffentlichte](#) das Medienbüro der Hisbollah Filmmaterial, das Aufnahmen einer Drohne über dem Karisch-Feld im Mittelmeer zeigt.

Anfang Juni erreichte ein Bohrschiff der britischen Firma Energean das Karisch-Feld. Das Schiff will im September mit der Gasausbeutung im israelischen Auftrag beginnen. Der Libanon hatte im vergangenen Monat dagegen protestiert, dass ein von Israel gechartertes Schiff in das Gebiet des umstrittenen Gasfeldes einfuhr. Hisbollah-Chef Hassan Nasrallah erklärte seinerzeit in einer Fernsehansprache, erstes Ziel müsse sein, "den Feind davon abzuhalten", auf dem Karisch-Gasfeld Öl und Gas zu fördern. Im Juni nannte zudem der libanesischer Präsident Michel Aoun die Ankunft des israelischen Bohrschiffs auf dem Karisch-Feld "eine Provokation und einen feindseligen Akt".

Der Libanon und Israel streiten über ihre Seegrenze und darum, wem welche Anteile aus den Gasvorkommen zustehen. Der Streit über die Seegrenze betrifft zwei große Gasfelder, die vor der Küste liegen: Karisch und Qana. Die EU hat im Zuge des Ukraine-Krieges Interesse an den israelischen Reserven gezeigt, selbst wenn es um die umstrittenen Gasfelder im Mittelmeer geht.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/article/62c2881ab480cc2f99003269.jpg>

Das Bild, das am 3. Juli 2022 vom Medienbüro der Hisbollah im Libanon zur Verfügung gestellt wurde, zeigt die Aufnahme einer Drohne über dem Karisch-Feld im Mittelmeer.

11:20 de.rt.com: **Drohende Gas-Mangellage: Merz rechnet mit Verteilungskampf in Europa**

Der CDU-Vorsitzende Friedrich Merz hat angesichts des drohenden Lieferstopps russischen Gases vor einem Verteilungskampf um den fossilen Energieträger in Europa gewarnt. Der CDU-Politiker sagte der Neuen Osnabrücker Zeitung (NOZ):

"Es ist wichtig, dass nach der Ausrufung der zweiten Alarmstufe durch Bundesminister Habeck nun auch ein konkreter und innerhalb der EU abgestimmter Gasfahrplan folgt."

Nur so könne sich Europa auf alle potentiellen Szenarien vorbereiten:

"So wird es wahrscheinlich zu erheblichen Verteilungskonflikten innerhalb der EU kommen – wie 2015 und 2016 bei der Flüchtlingskrise."

Im Zuge der Flüchtlingskrise waren mehr als eine Million Menschen vor dem syrischen Bürgerkrieg nach Europa geflohen. Auf eine solche Krisensituation war die EU damals jedoch nicht vorbereitet gewesen. Angesichts dieser Erfahrung warnte Merz mit Blick auf die Erdgas-Krise nun davor, dass es im Krisenfall zu einer ungleichmäßigen Belastung in Europa kommen könne - wie bereits während der Flüchtlingskrise. Das läge vor allem daran, dass es bisher noch keinen Mechanismus gäbe, alle EU-Länder zu gleichen Teilen mit den ausfallenden Gasmengen zu belasten.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/original/62c2a649b480cc2e3b0ebe48.jpg>

11:30 de.rt.com: **Was bedeutet eine Zahlungsunfähigkeit bei Auslandsschulden für**

Russland?

Westliche Medien berichten, dass Russland einer Zahlungsunfähigkeit bei seinen Auslandsanleihen konfrontiert sei. Die Versuche, Russland durch Sanktionen daran zu hindern, seine ausländischen Forderungen zu bedienen, könnten das westliche Finanzsystem ins Wanken bringen.

1. Wie reagiert Russland auf die Vorwürfe der Zahlungsunfähigkeit?

Moskau hat diese Behauptungen zurückgewiesen und Washington beschuldigt, versucht zu haben, eine künstliche Zahlungsunfähigkeit herbeizuführen und erklärt, dass Russland bereit und in der Lage sei, seine Auslandsschulden zu bedienen. Der Übergang zu Zahlungen in Rubel impliziere keine Zahlungsunfähigkeit, betonte Finanzminister Anton Siluanow.

2. Wie plant Moskau, seine Auslandsschulden zu bedienen?

Im Rahmen des neuen Mechanismus für Zahlungen ins Ausland, der kürzlich von Präsident Wladimir Putin angekündigt und rechtswirksam unterzeichnet wurde, betrachtet Moskau seine Verpflichtungen als erfüllt, "wenn sie in Rubel in einem Betrag geleistet werden, der dem Wert der Verpflichtungen in ausländischer Währung entspricht und zum Wechselkurs des Tages, an die zentrale Sammelstelle überwiesen und über diese an die Gläubiger ausgezahlt werden".

3. Warum zahlt Russland Anleihen in Rubel?

Im vergangenen Mai ließen die USA eine Sonderregelung über Zahlungen für Anleihen auslaufen, die es Moskau ermöglicht hatte, seine Schulden in Dollar zu bedienen. Das russische Finanzministerium gab daraufhin bekannt, dass Russland, um seinen Ruf als zuverlässigen Kreditnehmer zu verteidigen, seine Eurobond-Verpflichtungen in der Landeswährung Rubel bedienen werde, wenn ihm verwehrt wird, in Fremdwährung zu zahlen.

4. Was bedeutet Zahlungsunfähigkeit für eine souveräne Nation?

Eine souveräne Nation in Zahlungsschwierigkeiten kann sich kein zinsgünstiges Geld über internationale Finanzinstitute mehr leihen, weil diese Nation als Risiko angesehen wird.

5. Wie wirkt sich das auf Russland aus?

Es gibt keinen Grund für Moskau, Anleihen auszugeben. Russland hat eine geringe Verschuldung von rund 16 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP), da es nicht wesentlich auf Kredite angewiesen ist. Im Vergleich dazu haben die meisten westlichen Länder Schulden nahe oder weit über 100 Prozent ihres BIP.

6. Wie viel Schaden fügt eine Zahlungsunfähigkeit der Wirtschaft eines Landes zu?

In Bezug auf das westliche Finanzsystem spielt eine Zahlungsunfähigkeit keine Rolle. Die Sanktionen machen es Russland unmöglich, wie bisher internationalen Handel zu betreiben. Die meisten westlichen Unternehmen haben sich aus dem russischen Markt zurückgezogen und es ist nicht möglich, Geld von westlichen Finanzinstituten zu leihen. Das macht die Kreditwürdigkeit, die Russland im Westen zugeschrieben wird, bedeutungslos.

7. Wie wirkt sich dies auf die übrigen Handelspartner Russlands aus?

Gegenüber China, Indien und anderen wichtigen Partnern hat die Situation keine negativen Auswirkungen. Russlands Handel mit seinen BRICS-Partnern ist im ersten Quartal des Jahres 2022 um fast 40 Prozent gewachsen, verglichen mit 164 Milliarden US-Dollar im letzten Jahr. Russlands Handelspartner sind bestrebt, den Rückzug westlicher Unternehmen in Russland zu ersetzen.

8. Was sind Moskaus Alternativen zur Kreditaufnahme bei westlichen Institutionen?

Finanzinstitute wie die von den BRICS-Mitgliedsstaaten Brasilien, Russland, Indien, China und Südafrika gegründete New Development Bank (NDB) mit dem Ziel, Infrastruktur- und Entwicklungsprojekte in Schwellenländern zu finanzieren, könnten eine gute Option für Russland sein.

9. Was ist der potenzielle Fallout?

Der Westen bestreitet, dass eine mögliche russische Zahlungsunfähigkeit jene Art von

Auswirkungen auf die globalen Finanzmärkte und Institutionen haben könnte, wie sie von einer früheren Zahlungsunfähigkeit im Jahr 1998 ausgelöst wurden. Damals drängte die Zahlungsunfähigkeit Russlands bei Rubel-Anleihen die US-Regierung dazu, einzugreifen und Banken dazu zu drängen, einen großen amerikanischen Hedgefonds zu retten, dessen Zusammenbruch, so wurde befürchtet, das gesamte Finanzsystem hätte erschüttern können. Investmentanalysten erkennen jedoch an, dass Inhaber russischer Anleihen infolge westlicher Maßnahmen ernsthafte Verluste erleiden und gerichtliche Klagen gegen die US-Regierung einreichen könnten, weil diese Dollarzahlungen durch Russland unterbindet. Moskau weist darauf hin, dass die Versuche, Russland in die Zahlungsunfähigkeit zu treiben, lediglich den Ruf des westlichen Finanzsystems untergraben werden.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/article/62c08fbe48fbef4c3e4ac223.jpg>

11:50 de.rt.com: **Zum Tag der Befreiung der LVR: Flaggen der Volksrepubliken Donezk und Lugansk auf der ISS**



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/original/62c2ad08b480cc31413a2acb.png>

Russische Raumfahrer Sergei Korsakow, Oleg Artemjew und Denis Matwejew breiten an Bord der ISS das Banner der Volksrepublik Lugansk aus, um den Tag der Befreiung der Republik zu markieren. Dritter Juli 2022.

Russische Kosmonauten in der ISS brachten die Flaggen der Volksrepubliken Donezk und Lugansk hervor und ließen sich hinter den ausgebreiteten Bannern ablichten. So markierten sie die am dritten Juli abgeschlossene Befreiung der LVR von den Kiew-treuen Truppen. Dies geht aus einer am Montag [verbreiteten](#) Roskosmos-Mitteilung hervor:

"Tag der Befreiung der Volksrepublik Lugansk! Feiern auf der Erde und im Weltraum 🇷🇺
Das gesamte Gebiet der Volksrepublik Lugansk ist befreit worden. Russische und Lugansker Streitkräfte haben Lissitschansk, die letzte größere Stadt der LVR, vollständig unter ihre

Kontrolle gebracht!

Roskosmos und unsere Kosmonauten [Oleg Artemjew](#), [Denis Matwejew](#) und [Sergei Korsakow](#), die heute auf der Internationalen Raumstation arbeiten, schließen sich den Glückwünschen von und an LVR-Oberhaupt Leonid Passetschnik zum 'neuen großen Tag des Sieges' an.

Dies ist ein lang ersehnter Tag, auf den die Bewohner der besetzten Gebiete der Region Lugansk seit acht Jahren gewartet haben. Wir sind zuversichtlich, dass der 3. Juli 2022 für immer in die Geschichte der Republik eingehen wird.

Bürger der verbündeten Volksrepublik Donezk, harrt noch ein wenig aus!"



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/original/62c2ad9db480cc2fc44c32bc.png>

Sergei Korsakow, Oleg Artemjew und Denis Matwejew breiten an Bord der ISS das Banner der Volksrepublik Donezk aus, um am Tag der Befreiung der Republik auch den Bürgern der verbündeten DVR Mut und Hoffnung auf baldige Befreiung einzuflößen. Dritter Juli 2022.

nachmittags:

12:00 de.rt.com: **Bis 380 US-Dollar pro Barrel: Experten warnen von dramatischen Erdölpreissteigerungen**

Obwohl im Zuge der wirtschaftlichen Auswirkungen des Ukraine-Konflikts bereits jetzt enorme Preissteigerungen erfolgt sind, wollen die westlichen Regierungschefs weitere preistreibende Maßnahmen gegen Russland beschließen.

Experten haben vor einem drastischen globalen Anstieg der Erdölpreise gewarnt, wie der kanadische Wirtschaftsnachrichtensender BNN Bloomberg berichtete. Analysten von JPMorgan Chase & Co. erklärten, dass die Preise bis zu 380 US-Dollar pro Barrel – fast das Vierfache des jetzigen Niveaus – erreichen könnten, sollte Moskau sich dazu entschließen, auf die von den Vereinigten Staaten und den europäischen Staaten verhängten Sanktionen mit Gegenmaßnahmen wie einem Produktions- oder Ausfuhrstopp zu reagieren.

Derzeit arbeiten die Mitgliedsstaaten der G7 an einem komplizierten Verfahren, um die Erlöse zu begrenzen, die Moskau mit Erdöl aus russischer Förderung erzielen kann. Damit wollen sie die Einnahmen Moskaus und somit die Fähigkeit, das russische Militär zu finanzieren, angreifen. In einem Bericht an die Kunden der JPMorgan Chase warnte die Analystin Natascha Kanewa jedoch, dass die finanzielle Situation Moskaus so stabil sei, dass die russische Regierung es sich erlauben könne, die tägliche Erdölproduktion um bis zu fünf Millionen Barrel zu beschränken, ohne größere Schäden für die eigene Wirtschaft befürchten zu müssen.

Die Wirtschaftsexperten warnten zudem, dass ein solcher Preisanstieg für den Rest der Welt

katastrophale Konsequenzen haben würde. Sollte Russland seine Erdölproduktion um drei Millionen Barrel zurückfahren, würde das die Preise auf 190 US-Dollar treiben, während im schlimmsten Fall – also bei einem Rückgang der Produktion um täglich fünf Millionen Barrel – die Preise sogar bis auf 380 US-Dollar klettern könnten.

Dazu schrieben die Analysten:

"Das offensichtlichste und wahrscheinlichste Risiko bei einer Preisobergrenze besteht darin, dass Russland sich entscheiden könnte, nicht mitzumachen und stattdessen durch eine Verringerung der Exporte Vergeltung zu üben. Es ist wahrscheinlich, dass die Regierung als Vergeltungsmaßnahme die Produktion drosseln könnte, um dem Westen Schmerzen zuzufügen. Die angespannte Lage auf dem globalen Ölmarkt herrscht zugunsten Russlands."



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/article/62c2b35b48fbef486a67a540.jpeg>

12:50 de.rt.com: **Kiew verliert Kontrolle über mehrere Brigaden – diese auf dem Rückzug**

Die Leitung des ukrainischen Militärs hat die Verbindung zu Einheiten mehrerer Brigaden der ukrainischen Streitkräfte in der Volksrepublik Lugansk vollständig verloren. Die ukrainischen Truppen ziehen sich aufgrund einer erfolgreichen Offensive der russischen Streitkräfte unkontrolliert zurück. Dies meldet der Sprecher des russischen Verteidigungsministeriums Igor Konaschenkow. Es gehe um Einheiten der 10. Gebirgsjäger-, 72. und 115. mechanisierten Brigaden der ukrainischen Streitkräfte nebst der 118. Brigade der Landwehr, so der Generalleutnant.

Konzentrationsgebiete zweier weiterer ukrainischer Brigaden im Gebiet Charkow wurden erfolgreich mit Hochpräzisionswaffen angegriffen: Dort hatten sich etwa 200 ukrainische Militärangehörige mit bis zu 19 militärischen Fahrzeugen versammelt.

Im Gebiet der Volksrepublik Donezk griff die russische Luftwaffe sieben Gefechtsstände, zwei Munitionsdepots und zwei Batterien der ukrainischen Raketenartillerie "Grad" sowie ukrainische Truppen und militärische Ausrüstung in insgesamt 16 Bezirken erfolgreich an. Außerdem attackierten die russischen Luft- und Weltraumkräfte vier weitere Züge der ukrainischen Raketenartillerie in der DVR mit Hochpräzisionswaffen.

Luft-, Raketen- und Artilleriekräfte vernichteten zwei Kommandoposten, drei Munitionsdepots sowie ukrainisches Militärpersonal und militärische Ausrüstung in 61 Bezirken.

Ein russisches Jagdflugzeug schoss ein Erdkampfflugzeug des Typs Su-25 der ukrainischen Luftwaffe ab während eines Luftkampfes über der DVR.

Ebenfalls dort wurden von der Flugabwehr acht unbemannte Fluggeräte und elf Geschosse von "Uragan"-Mehrfachraketenwerfern der ukrainischen Streitkräfte zerstört.

14:10 (13:10) deu.belta.by: **Makej: Politische Eliten des Westens machen sich keine Sorgen mehr um ihre Gesellschaften**

In den westlichen Ländern hat sich eine tief verwurzelte innere Krise etabliert: Ihre politischen Eliten sind völlig von den tatsächlichen Bedürfnissen ihrer Gesellschaften abgekoppelt. Diese Erklärung hat der belarussische Außenminister Wladimir Makej in seiner einleitenden Rede zum regelmäßigen Bericht des Außenministeriums „Die aufsehenerregendsten Menschenrechtsverletzungen in bestimmten Ländern der Welt 2022“, der auf der Website des Außenministeriums veröffentlicht ist, abgegeben.

"Die inhaltliche Dominante des gesamten Berichts demonstriert, dass es in den westlichen Gesellschaften ein akutes Menschenrechtsproblem gibt. Dieses Problem verschärfte sich besonders angesichts sozialer Widersprüche, die durch die Unzufriedenheit der Bevölkerung mit der anhaltenden Pandemiepolitik und einem dramatischen Rückgang des Lebensstandards verursacht worden waren", erklärte der Minister.

Es sei bemerkenswert, wie er sagte, dass dies die Länder sind, die am meisten versuchen, der Welt ihr Modell der Demokratie und der Menschenrechte aufzuzwingen.

"Der Bericht skizziert die Konturen einer tief verwurzelten inneren Krise der westlichen Staaten, nämlich die völlige Abkopplung der politischen Eliten von den tatsächlichen Bedürfnissen ihrer Gesellschaften. In ihrem Streben nach Allmacht in der Außenflanke und im Versuch, anderen Staaten das Leben beizubringen, kann sich das politische Establishment dieser Länder nicht mehr um ihre Bürger und Bürgerinnen kümmern. Die systematische Diskriminierung in der Gesellschaft, die fast tägliche Niederschlagung friedlicher Proteste, die Verletzung der Rechte von Flüchtlingen und Migrantinnen, die Sperrung des Zugangs zu den Medien usw. sind nur einige Beispiele für diese ‚abschaffende‘ Politik gegenüber den einfachen Menschen. All dies wird in dem Bericht anhand konkreter Fälle anschaulich dargestellt", betonte Wladimir Makej.

Die Absurdität der Situation bestehe darin, dass westliche Administratoren, deren Politik zu den beschriebenen Problemen geführt habe, sich weiterhin ein Mandat für feindliche Aktivitäten gegen andere souveräne Länder erteilen, natürlich ohne Rücksicht auf die Interessen der eigenen Gesellschaft.

"In ihrem Streben nach Macht um jeden Preis setzen sie die offenkundig kriminelle Tätigkeit fort und verhängen Sanktionen gegen unerwünschte Staaten. Paradoxe Weise waren es die Bürger der westlichen Länder, die als erste die erdrückende Wirkung der Sanktionsschleife zu spüren bekamen. Es stellt sich die rhetorische Frage: Hat irgendjemand diese Bürger um Erlaubnis gebeten, eine solche staatliche Politik zu betreiben? Hat irgendjemand sie vor den Konsequenzen gewarnt, die auf sie zukommen würden? Die Antwort liegt auf der Hand... Niemand", betonte der Minister.

Er unterstrich, dass Belarus wiederholt darauf hingewiesen habe, dass es unzulässig sei, die Menschenrechte als politische Methode zum Aufbau zwischenstaatlicher Beziehungen einzusetzen. "Es gibt in der Welt aus objektiven Gründen keine idealen Länder. Die Menschenrechtsfragen sollten die Gesellschaft verbinden, nicht spalten. Die Menschenrechte sollten ein Anhaltspunkt für die Suche nach akzeptablen Lösungen sein und nicht ein Grund für Uneinigkeit", fasste Wladimir Makej zusammen.



https://deu.belta.by/images/storage/news/with_archive/2022/000020_1656934652_61151_big.jpg

14:12 (13:12) novorosinform.org: „Selenskij sollte sich an Cicero erinnern“: Medwedew kommentierte die Befreiung von Lisitschansk

Die vollständige Befreiung des LVR-Territoriums von ukrainischen Kämpfern ist ein Ereignis, nach dem Selenskij sich nur noch verstecken und davonlaufen kann, schrieb Dmitri Medwedew, stellvertretender Vorsitzender des russischen Sicherheitsrates, auf seinem Telegram-Kanal.

Er wies darauf hin, dass die westlichen Führer nach der Befreiung der Republik Lugansk weiterhin „Druck“ auf die Ukraine ausüben werden und von ihr erwarten, „einen Krieg zu einem siegreichen Ende zu führen“.

„Vor diesem Hintergrund werden unsere europäischen ‚Freunde‘, die vom Anblick des Blutes anderer Menschen überwältigt sind, eine Vielzahl von Ursulas, Truss’ und sonstigen Borrellis, die Ukraine weiterhin zum Kampf bis zum bitteren Ende auffordern. Und die aufgeregten ukrainischen Behörden werden eine ‚wilde‘ Entschlossenheit an den Tag legen, um alles, was verloren gegangen ist, zurückzugewinnen“, schrieb Medwedew.

Er fügte hinzu, dass es für Selenskij in einer solchen Situation bereits zu spät sei, etwas zu ändern, und es bleibe nur, sich an Cicero zu erinnern: Abiit, Excessit, Evasit, Erupit („Gegangen, versteckt, entflohen, geflüchtet“).



https://www.novorosinform.org/content/images/82/05/48205_720x405.jpg

13:20 de.rt.com: **Australien verspricht Ukraine weitere Militärhilfen**

Australien hat der Ukraine nach Angaben von Premierminister Anthony Albanese die Lieferung weiterer Waffen sowie finanzielle Hilfen zugesichert. "Auf die Bitte des ukrainischen Präsidenten Wladimir Selenski um weitere Unterstützung wird Australien der Ukraine das folgende neue Hilfspaket zur Verfügung stellen", heißt es in einer Pressemitteilung des Premiers:

"99,5 Millionen AU-Dollar an militärischer Hilfe, darunter 14 gepanzerte Mannschaftstransporter, 20 geschützte Bushmaster-Mobilitätsfahrzeuge und andere militärische Ausrüstung, die von der australischen Verteidigungsindustrie geliefert wird, sowie einen Beitrag zum NATO-Treuhandfonds für das umfassende Hilfspaket für die Ukraine." Damit belaufe sich die bisher geleistete Militärhilfe für die Ukraine auf insgesamt rund 388 Millionen AU-Dollar, so der Premierminister weiter. Australien werde dem osteuropäischen Land zudem 8,7 Millionen AU-Dollar bereitstellen, um den ukrainischen Grenzschutzdienst bei der Modernisierung der Grenzschutzausrüstung, der Verbesserung der Cybersicherheit sowie der Verbesserung der Grenzoperationen vor Ort zu unterstützen, erklärte Albanese. Daneben will das Land ukrainischen Importen zollfreien Zugang nach Australien gewähren und "beim Internationalen Gerichtshof intervenieren, um die Ukraine in ihrem Verfahren gegen Russland zu unterstützen", erklärte er und fügte hinzu:

"Mein Besuch in Kiew und die jüngsten Besuche anderer Staats- und Regierungschefs sind ein klares Zeichen dafür, dass demokratische Nationen wie Australien dem ukrainischen Volk in seiner Not zur Seite stehen werden."



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/original/62c2acd2b480cc2e3b0ebe56.jpg>

14:26 (13:26) novorosinform.org: **Ukrainische Flagge über Serpentine gehisst – Medien**

Die Streitkräfte der Ukraine hissten die Flagge der Ukraine auf der Schlangeninsel. Darüber berichten ukrainische Medien unter Berufung auf die Leiterin des gemeinsamen koordinierenden Pressezentrams der südlichen Verteidigungskräfte Natalja Gumenjuk.

„Das Gebiet wurde der Jurisdiktion der Ukraine zurückgegeben“, sagte sie.

Es sei darauf hingewiesen, dass das russische Verteidigungsministerium diese Erklärung der ukrainischen Seite noch nicht kommentiert hat.

Zuvor erklärte das russische Verteidigungsministerium, dass die russischen Truppen „als Schritt des guten Willens“ von der Insel SmeinyJ abgezogen wurden. Die russische Armee verließ die Insel, damit die Ukraine nicht mehr über das Thema der globalen Nahrungsmittelkrise spekulieren konnte. Der Text des Verteidigungsministeriums weist darauf hin, dass die Ukraine jetzt den politischen Willen zeigen müsse, die Probleme mit den

Lebensmitteln zu lösen. Jetzt müsse Kiew die Schwarzmeerküste in der Nähe seiner Küste räumen, einschließlich der Hafengewässer, schloss das russische Verteidigungsministerium.



https://www.novorosinform.org/content/images/82/06/48206_720x405.jpg

14:39 (13:39) novorosinform.org: **Streitkräfte der Ukraine haben Schützengräben in den Höfen von Wohngebäuden in Lisitschansk ausgehoben**

Ukrainische Kämpfer bereiteten sich auf Stadtschlachten in Lisitschansk vor und bauten Barrikaden aus Zivilfahrzeugen, sagte ein Soldat der Volksmiliz der LVR mit dem Rufzeichen „Eule“ gegenüber RIA Novosti.

Er bemerkte, dass solche Taktiken des ukrainischen Militärs wenig sinnvoll seien. Sie hofften wahrscheinlich, mit zivilen Fahrzeugen den Weg des Konvois mit russischer Militärausrüstung zu verlangsamen.

Die Tatsache, dass die Militanten der Streitkräfte der Ukraine Gräben in den Höfen von Wohngebäuden ausgehoben haben, wird auch von Anwohnern berichtet. Das ukrainische Militär habe in Lisitschansk aus mehrere wichtige Verwaltungsgebäude zerstört, darunter das Rathaus, schreibt heißt es.

Die Stadt kam am 2. Juli vollständig unter die Kontrolle der Alliierten. Derzeit wird daran gearbeitet, das Gelände zu räumen. Der russische Verteidigungsminister Sergej Schoigu sagte, dass die Streitkräfte der Ukraine bei den Kämpfen um Lisitschansk 12 Flugzeuge und sechs Flugabwehr-Raketensysteme verloren und auch 39 Panzer und gepanzerte Fahrzeuge in der Stadt zurückgelassen hätten.



https://www.novorosinform.org/content/images/82/07/48207_720x405.jpg

14:00 de.rt.com: **Russlandfeindliche Politik: Putin wird kein Glückwunschtelegramm zum US-Unabhängigkeitstag senden**

Der russische Präsident Wladimir Putin wird der US-Führung nach Angaben des Präsidentensprechers Dmitri Peskow in diesem Jahr erstmals keine Grüße zum amerikanischen Unabhängigkeitstag am 4. Juli übermitteln. "Nein, in diesem Jahr wird es kein Glückwunschtelegramm geben", sagte Peskow am Montag vor Reportern und führte aus: "Dies ist darauf zurückzuführen, dass dieses Jahr der Höhepunkt der unfreundlichen Politik der Vereinigten Staaten gegenüber unserem Land war. Unter diesen Umständen kann es kaum als angemessen angesehen werden, eine solche Glückwunschtsbotschaft zu senden."

Am 4. Juli wird in den USA traditionell die Erlangung der Unabhängigkeit vom Britischen Königreich gefeiert. An diesem Datum im Jahre 1776 wurde die Declaration of Independence veröffentlicht.

15:09 (14:09) novorosinform.org: **Die Eroberung von Lisitschansk macht eine große Truppengruppierung für eine Offensive in der DVR frei – Experte**

Nach der Eroberung von Lisitschansk wird das Militär der Volksmiliz der LVR in der Lage sein, an der Befreiung der Gebiete der DVR teilzunehmen, glaubt Wladimir Jewseew, Militärexperte am Institut der GUS-Staaten.

In einem Interview mit dem Telegram-Kanal „Donbass entscheidet“ sagte er, dass diese Truppen eine Offensive gegen Sewersk, Slawjansk und Artjomowsk entwickeln würden. Jewseew wies darauf hin, dass die Streitkräfte der Ukraine in Lisitschansk eine große Menge an schwerem Gerät verloren hätten.

Außerdem seien die Einheiten, die es geschafft hätten, die Stadt zu verlassen, demoralisiert, so der Experte. Jewseew ist sich sicher, dass diese Demoralisierung auf andere Panzereinheiten der Ukraine übergreifen wird.

Wie der Korrespondent von „Donbass entscheidet“ feststellt, waren die ukrainischen Militärs nach den LKW-Barrieren zu urteilen, die auf den Straßen von Lisitschansk zu sehen sind, bereit zu kämpfen, änderten aber im letzten Moment ihre Meinung und verließen die Stadt.



https://www.novorosinform.org/content/images/82/09/48209_720x405.jpg

14:20 de.rt.com: **Wegen drohender Gas-Mangellage: Deutsche Industrie bereitet sich auf Herunterfahren der Produktion vor**

Die deutsche Industrie bereitet sich angesichts des reduzierten Gasflusses aus Russland auf ein geordnetes Herunterfahren ihrer Produktion im Falle einer deutlich verschlechterten Versorgungslage in Deutschland vor. Wie das Handelsblatt berichtet, prüften Großverbraucher aus der Chemie-, Metall- und Baustoffindustrie derzeit, welche Auswirkungen eine

Reduzierung der Liefermenge auf die eigene Wertschöpfungskette haben wird.

So geht der Chemiekonzern BASF davon aus, die Produktion am Stammsitz Ludwigshafen mit reduzierter Last weiterbetreiben zu können, sollte die gelieferte Gasmenge bis zu 50 Prozent unter dem maximalen Energiebedarf liegen. Der Konzern erklärte:

"Würde die Versorgung aber deutlich und dauerhaft unter 50 Prozent sinken, müssten wir den Produktionsstandort unter Einhaltung der notwendigen Sicherheitsstandards herunterfahren."

Der größte deutsche Stahlhersteller Thyssen-Krupp rechnet demnach mit ähnlichen Auswirkungen. Das Unternehmen teilte mit:

"Wir bereiten uns in verschiedenen Szenarien auf eine Unterbrechung oder eine Einschränkung der Erdgasversorgung vor."

Ein Mindestbezug sei aber unverzichtbar. Denn auch der Stahlhersteller wäre bei einer Versorgungslage von unter 50 Prozent dazu gezwungen, die Produktion komplett einzustellen.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/original/62c2b86fb480cc30fb39577e.jpg>
g

Stammwerk der BASF in Ludwigshafen

14:33 de.rt.com: **Iran will zwischen Türkei und Syrien vermitteln**

Angeichts der Ankündigung Ankaras, im Norden vom Nachbarland Syrien eine Militäroperation durchführen zu wollen, erklärte Irans Außenminister Amir-Abdollahian als Vermittler zwischen den beiden Staaten auftreten zu wollen. Teheran wolle einen Krieg vermeiden.

Der iranische Außenminister Hossein Amir-Abdollahian hat erklärt, dass sein Land Anstrengungen unternehme, um die Probleme zwischen Damaskus und Ankara zu beseitigen und Frieden herzustellen, wie die amtliche iranische Nachrichtenagentur Fars News berichtete.

Eines der wichtigsten Ziele zum jetzigen Zeitpunkt sei es, mehr über die angekündigte türkische Militäroperation in Teilen Syriens in Erfahrung zu bringen und dieses zu besprechen, so Amir-Abdollahian bei einem jüngsten Besuch in der syrischen Hauptstadt Damaskus.

Er habe dieses Thema bereits bei seinem letzten Besuch in der Türkei ausgeführt. Teheran lehne den Krieg grundsätzlich ab und versuche die Krise zwischen beiden Staaten auf politischem Wege zu lösen, so der iranische Spitzendiplomat.

Vor seiner Abreise hatte er erklärt:

"Meine Reise nach Syrien dient unter anderem dazu, Frieden und Sicherheit in der Region zwischen Syrien und der Türkei herzustellen, zwei Ländern, zu denen die Islamische Republik Iran wichtige Beziehungen unterhält."

Amir-Abdollahian verurteilte ebenfalls die Angriffe Israels in Syrien scharf. Israel würde beabsichtigen, Syrien zu destabilisieren und die dortigen Probleme zu verschärfen. Zudem bezeichnete der iranische Außenminister Ägypten als ein "wichtiges Land in der islamischen Welt" und begrüßte die Entwicklung der Beziehungen und der Zusammenarbeit zwischen Teheran und Kairo. Es habe bisher jedoch keine direkten Gespräche zwischen beiden Staaten gegeben.

In Damaskus traf sich Amir-Abdollahian mit dem syrischen Präsidenten Baschar al-Assad für ein zweistündiges Gespräch.

Am Samstag war der iranische Politiker in Damaskus eingetroffen und wurde dort von seinem syrischen Amtskollegen Faisal Mikdad begrüßt. Gegenüber Journalisten erklärte der Außenminister Irans, dass sein Besuch einen Wendepunkt in den bilateralen Beziehungen zwischen beiden Staaten darstelle. Später erklärte er:

"Während dieser Reise begann eine neue Phase der umfassenden Zusammenarbeit zwischen den beiden Ländern, auch in verschiedenen Bereichen der Wirtschaft und des Handels."



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/article/62c2b4b348fbef4f5023e081.jpeg>

Ende Juni trafen sich der iranische Außenminister Hossein Amir-Abdollahian (l.) und sein türkischer Kollege Mevlüt Çavuşoğlu.

14:50 de.rt.com: **Kaliningrader Gebietsgouverneur: Transit-Gegenblockade würde Litauens Frachttransportwesen vernichten**

Ein Paket von Gegensanktionen gegen Litauen für die vom Baltikumstaat verhängte Blockade des Exklave-Gebiets Kaliningrad wurde zusammengestellt und der russischen Regierung sowie der Präsidialverwaltung als Entwurf vorgelegt. Die Rede sei von wirtschaftlichen Maßnahmen, die "für Litauen sehr kritisch" wären, so der Gouverneur der westlichsten Region Russlands, Anton Alichanow, in einem Interview für die russische Zeitung *Wedomosti*: "Das sind Maßnahmen verschiedener Art, über die wir erst diskutieren sollten, wenn sie zu 100 Prozent notwendig sind. Aber Antwortmöglichkeiten im wirtschaftlichen Bereich haben wir durchaus, und das dürfte für Litauen sehr kritisch werden."

Der Gouverneur verzichtete darauf, die möglichen Maßnahmen im Einzelnen zu präzisieren, weil das Potenzial noch nicht verloren sei, dass Litauen sein im Zusammenhang mit Russlands Intervention im Ukraine-Krieg verhängtes Durchfuhrverbot aufheben würde. Immerhin deutete Alichanow die ungefähre Stoßrichtung einer solchen Reaktion an, deren Auswirkungen er mit denen von "Neutronenwaffen" verglich:

"Der baltische Verkehrskomplex kann im Prinzip zerstört werden, wenn Russland Antisanktionen gegen Frachtladungen aus dem und in das Baltikum verhängt."

Damit wäre "die Hälfte der litauischen Wirtschaft verschwunden", betonte Alichanow.

15:52 (14:52) novorosinform.org: **Ein Bereich an der britischen Botschaft in Moskau wird**

nach der LVR benannt

Die Moskauer haben ein Gebiet für die Namensgebung zu Ehren der LVR in der Nähe der britischen Botschaft ausgewählt. Diese Information wurde auf dem Portal des Bürgermeisters und der Verwaltung der russischen Hauptstadt verbreitet.

"Die Bürger haben beschlossen, das Gebiet entlang des Smolenskaja-Damms zwischen der Prototschny-Gasse und dem Ausgang zur Nowy-Arbat-Straße zu Ehren der Volksrepublik Lugansk zu benennen", heißt es in dem Bericht.

An der Abstimmung nahmen etwa 110.000 Bürger teil. 56,85 % stimmten für diese Option. Beachten Sie, dass dies nicht die erste Benennung einer russischen Straße nach den Republiken des Donbass ist. Zuvor hatte das Gebiet in der Nähe der US-Botschaft in Moskau den Namen "Platz der Volksrepublik Donezk" erhalten.

Der Pressesprecher des Präsidenten der Russischen Föderation, Dmitri Peskow, sagte im Juni, dass er solche Initiativen der russischen Abgeordneten begrüße.



https://novorosinform.org/content/images/82/15/48215_720x405.jpg

15:02 de.rt.com: Unruhen in Usbekistan: Regierung ruft Ausnahmezustand in Region Karakalpakstan aus

Bei den Protesten gegen eine geplante Verfassungsreform in Usbekistan soll es am Wochenende in der Provinz Karakalpakstan Opfer unter der Zivilbevölkerung und den Sicherheitskräften gegeben haben.

Die Regierung Usbekistans hat in der autonomen Republik Karakalpakstan den Ausnahmezustand ausgerufen. Damit reagierte die Regierung am Samstag auf heftige [Proteste](#) in der Region im Nordwesten des zentralasiatischen Landes. Es gibt im Landesteil Karakalpakstan seit Tagen Proteste gegen eine Verfassungsänderung, da in der neuen usbekischen Verfassung die Autonomie der Republik nicht mehr explizit erwähnt wird. Karakalpakstan wäre dann nach der möglichen Verfassungsänderung nur noch eine gewöhnliche usbekische Provinz.

Usbekistans Präsident Schawkat Mirsijojew zeigte sich zur Beruhigung der Lage inzwischen verhandlungsbereit. Mirsijojew reiste am Samstag in Karakalpakstans Hauptstadt Nukus. Berichten zufolge ließ er über seinen Sprecher ausrichten, die entsprechenden Paragraphen der Verfassung sollten beibehalten und damit auf die Verfassungsänderung bezüglich des Status Karakalpakstans verzichtet werden.

Nach amtlichen Angaben kamen bei den Ausschreitungen in der autonomen Republik seit Ende vergangener Woche mindestens 18 Menschen ums Leben. Bei den Unruhen am Wochenende hatte es nach den Worten von Präsident Mirsijojew Opfer unter der Zivilbevölkerung und den Sicherheitskräften gegeben. Randalierer hätten in Nukus "zerstörerische Aktionen" getätigt, Steine geworfen, Feuer gelegt und die Polizei angegriffen.

Nach dem Zerfall der Sowjetunion war Karakalpakstan zumindest theoretisch das Recht zugesprochen worden, eine Abstimmung über die Abspaltung vom Rest des Landes durchzuführen.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/article/62c2ce0d48fbef55cd4a1e82.jpg>
Wahlplakat mit einem Porträt von Staatschef Schawkat Mirsijojew im Oktober 2021 an einer Straße in der usbekischen Stadt Taschkent

15:25 de.rt.com: **Ankara: Bei Getreidekorridoren sowohl ukrainische als auch russische Interessen berücksichtigen**

Im Streit um die Öffnung sogenannter Getreidekorridore hat Ankara einen multilateralen Ansatz gefordert. "Das Problem der Schaffung eines sicheren Korridors für Getreideexporte aus der Ukraine sollte unter Berücksichtigung der Interessen sowohl Moskaus als auch Kiews gelöst werden", erklärte der türkische Außenminister Mevlüt Çavuşoğlu gegenüber der türkischen Nachrichtenagentur Anadolu. Er teilte ferner mit:

"Der UN-Plan liegt im Exportinteresse sowohl Russlands als auch der Ukraine. Um ukrainisches Getreide exportieren zu können, muss jedoch ein sicherer Korridor geschaffen werden, der nicht von Seeminen bedroht ist. Heutzutage sind die Lebensmittel in der Welt sehr teuer geworden. Wir sind für eine Lösung des Problems im Interesse sowohl Kiews als auch Moskaus."

Demzufolge sei der UN-Plan nicht nur objektiv, sondern auch umsetzbar, so der Minister. Die Türkei beteiligt sich derzeit an Verhandlungen über die Einrichtung sicherer Korridore im Schwarzen Meer für die Ausfuhr von Getreide und anderen landwirtschaftlichen Erzeugnissen aus ukrainischen Häfen. Bei den Gesprächen werden insbesondere Fragen über die Sicherheit von Handelsschiffen, ihre Versicherung, ihre Routen sowie die Entminung von Häfen erörtert.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/original/62c2d60d48fbef54ea1dcb0d.jpg>

16:37 (15:37) deu.belta.by: **Sawinych: Belarussischer Delegation wurde Visum zu**

Teilnahme an PV-Sommertagung der OSZE verweigert

Andrej Sawinych, Vorsitzender des Ständigen Ausschusses für internationale Angelegenheiten des Repräsentantenhauses, kommentiert die Situation bezüglich der Nichtteilnahme der belarussischen Parlamentsdelegation an der 29. Tagung der Parlamentarischen Versammlung der OSZE (am 02.-06. Juli, Birmingham, Vereinigtes Königreich Großbritannien und Nordirland).

"Der belarussischen Delegation wurde ein Visum zur Teilnahme an der Sommertagung der Parlamentarischen Versammlung der OSZE verweigert. Wir wussten, dass diese Sitzung in einem schwierigen politischen Umfeld stattfinden würde. Wir waren für Kritik und einen ziemlich harten Meinungs Austausch bereit. Doch auch dies wird unmöglich. Wir haben ein Visum beantragt, wie es die britische Seite verlangte, und zwar innerhalb des richtigen Zeitrahmens. Unter weit hergeholten heuchlerischen Ausreden wurde uns das Visum verweigert. Das zeugt von einem ernsten Prozess, der sich weltweit und in den internationalen Beziehungen unter dem Einfluss des kollektiven Westens vollzieht. Wir können sehen, dass ein ehrlicher, offener Dialog und Meinungs Austausch mit uns abgelehnt wird, indem alle Traditionen der parlamentarischen Diplomatie und der parlamentarischen Zusammenwirkung verfallen. Man ist im Wesentlichen dabei, abweichende Meinungen auszulöschen, indem man einen einzigen Chor so genannter Gleichgesinnter schafft", so Andrej Sawinych.

Seiner Meinung nach handelt es sich dabei um sehr ernste Vorgänge, die dem belarussischen Präsidenten Recht geben, dass der Westen bereits einen totalen Krieg gegen Russland und Belarus begonnen hat. "Ja, gegen den Rest der Welt. Es kann auch als ein Nachweis dafür angesehen werden, dass die globale Welt, die sie in den letzten 30-40 Jahren geschaffen und aufgebaut haben, zerstört. Infolgedessen verzichtet man auf die Grundsätze, die zuvor als unantastbar angesehen worden waren: Es geht dabei nicht nur um einen freien Meinungs Austausch, sondern auch um Rechtsstaatlichkeit, die Unantastbarkeit von Eigentumsrechten und vieles mehr. Dies zeigt, dass diese Welt nicht auf einer gerechten Grundlage geschaffen wurde, und unter diesen Umständen verstehen wir sicherlich, dass es sinnlos ist, eine Rückkehr an den Verhandlungstisch, eine ausgewogene Außenpolitik, einen vernünftigen Dialog, der die Interessen anderer Länder berücksichtigt, zu fordern. Wir sind uns heute ganz bewusst, dass dies heute nicht der Fall sein kann. In dieser Hinsicht werden wir unsere Bemühungen in erster Linie auf die Konsolidierung und Klärung der Position unserer Länder, unserer Verbündeten, einschließlich der Russischen Föderation, der OVKS-Länder und des Rests der Welt konzentrieren", sagte der Parlamentarier.

"Letzte Woche nahm die belarussische Delegation an der Gründung der parlamentarischen Dimension der Bewegung der Blockfreien Staaten teil. Sie wird Dutzende von Ländern vereinen. Das sind die Länder, die eine gerechtere Welt für alle schaffen wollen, in der jedes Land das Recht auf eine normale Entwicklung und seinen eigenen Weg der Entwicklung wählen könnte, der für alle Staaten, einschließlich der Republik Belarus, gerecht wäre", so Andrej Sawinych abschließend.



https://deu.belta.by/images/storage/news/with_archive/2022/000020_1656942116_61154_big.jpg

15:50 de.rt.com: **G20-Außenministertreffen: Baerbock lehnt Gespräch mit Lawrow ab**

Das Auswärtige Amt hat ein Treffen von Bundesaußenministerin Annalena Baerbock (Bündnis 90/Die Grünen) und ihrem russischen Amtskollegen Sergei Lawrow auf dem Gipfel der Ressortchefs der G20-Staaten in Indonesien am kommenden Donnerstag und Freitag kategorisch ausgeschlossen. Ein Treffen Baerbocks mit Lawrow stehe angesichts des "russischen Angriffskriegs" in der Ukraine "nicht zur Debatte", erklärte ein Sprecher des Auswärtigen Amts.

Baerbock bricht nach Angaben des Auswärtigen Amts am Mittwoch nach Bali auf, wo die Ressortchefs der 20 wichtigsten Industrie- und Schwellenländer zwei Tage lang über außenpolitische Themen beraten werden. Zu dem Treffen wird auch der russische Außenminister erwartet. Es ist der erste internationale Auftritt Lawrows seit Beginn des Ukraine-Kriegs im Februar.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/original/62c2d004b480cc4b8616221a.jpg>

16:40 de.rt.com: **Wegen Energiekrise: EU-Binnenmarktkommissar fordert von Deutschland Festhalten an Atomenergie**

EU-Binnenmarktkommissar Thierry Breton hat Deutschland angesichts der sich derzeit anbahnenden Energiekrise in der EU infolge der nachlassenden russischen Gaslieferungen aufgefordert, seine Atommeiler weiter am Netz zu lassen. Er sagte am Montag dem Handelsblatt:

"Es ist äußerst wichtig, die drei deutschen Kernkraftwerke, die noch in Betrieb sind, länger laufen zu lassen."

Der EU-Kommissar betonte mit Blick auf den von der Bundesregierung forcierten Atomausstieg:

"Ich mache nicht, was ich machen könnte, aber erwarte, dass andere liefern, was ich brauche." Eine Laufzeitverlängerung der Atomreaktoren, die Ende des Jahres abgeschaltet werden sollen, sei im Interesse ganz Europas, erklärte Breton:

"Wladimir Putin setzt unsere Abhängigkeit als Waffe gegen uns ein."

Die Gaslieferungen aus Russland sind in den vergangenen Wochen kontinuierlich gesunken. Grund hierfür sind Wartungsarbeiten an der Ostsee-Pipeline Nord Stream 1. Im Juni sind die russischen Gaslieferungen nun so stark zurückgegangen, dass Europa zunehmend einer Gas-Mangellage entgegenseht.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/original/62c2e5f448fbef3c5870d4d3.jpg>

Telegram-Kanal des Stabs der Territorialverteidigung der DVR: **Abendbericht des Stabs der Territorialverteidigung der DVR am 4. Juli 2022**

Die Behörden der DVR führen weiter vorrangige Maßnahmen zum Wiederaufbau des sozial-humanitären Bereichs durch.

In Swetlodarsk wurde die Inbetriebnahme von Kommunikationsobjekten vorbereitet. In Tschermalyk wurde eine 4G-Basisstation in Betrieb genommen. In Wolnowacha und Wolnodarskoje wurden Reparatur- und Wiederaufbauarbeiten an Faseroptikkabeln durchgeführt.

An die Einrichtungen des Gesundheitswesens wandten sich mehr als 1000 Menschen.

Die Reparatur der Autostraßen Kremenjowka – Jalta und Wolnowacha – Telmanowo geht weiter.

In Olginka wurden Arbeiten zur Wiederherstellung der Stromversorgung durchgeführt.

Zivilschutzkräfte haben mehr als 11 Hektar Territorium und 36.750 Quadratmeter Gebäude untersucht und 219 explosive Objekte entschärft.

Die Verwaltungen der Bezirke nehmen weiter Meldungen über vorhandene Probleme und den Bedarf der Bevölkerung in den befreiten Ortschaften entgegen.

Das Innenministerium und die Militärkommandantur der DVR überprüfen weiter Ausweise und gewährleisten den Schutz der öffentlichen Ordnung in allen befreiten Ortschaften.

Bei Informationen über verdächtige Personen oder mögliche rechtswidrige Aktivitäten bitten wir, sich unverzüglich an die Telefonnummern des Staatssicherheitsministerium der DVR zu wenden.

17:05 de.rt.com: **Aiden Aslin legt Berufung gegen sein Todesurteil ein**

Der in der Donezker Volksrepublik zum Tode verurteilte britische Söldner Aiden Aslin hat als letzter von drei Verurteilten eine Berufung gegen das Urteil eingelegt. Ein Vertreter des Obersten Gerichts der DVR berichtete dies der Nachrichtenagentur RIA Nowosti:

"Heute, am 4. Juni, hat der Verteidiger des dritten Verurteilten, Aiden Aslin, eine Berufung in Bezug auf die Strafmaßnahme bei der Beschwerdekammer des Obersten Gerichts eingereicht."

Der britische Staatsbürger Aiden Aslin war am 9. Juni neben seinem Landsmann Shaun Pinner und dem marokkanischen Staatsangehörigen Ibrahim Saadun als ausländischer Söldner

zum Tode verurteilt wurden. Die Verteidiger von Pinner reichten die Berufung am 29. Juni, die von Saadun am 1. Juli ein.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/original/62c2f666b480cc03fa523a17.jpg>

17:30 de.rt.com: **Gnadenloser Beschuss von Ortschaften in der Volksrepublik Donezk – über 450 Geschosse**

Einem heftigen Beschuss mit Rohr- und Raketenartillerie und Mörsern setzen die Kiew-treuen Truppen erneut das Gebiet der Volksrepublik Donezk aus – und zwar seit 3 Uhr morgens, [meldet](#) die Vertretung der Republik im JCCC. Am intensivsten hat es die gleichnamige Hauptstadt getroffen: Auf verschiedene Stadtbezirke wurden 36 Geschosse des 122-Millimeter-Mehrfachraketenwerfers Grad und [acht des 220-Millimeter-Werfers Uragan](#) abgefeuert. Die Zahl der Artilleriegranaten geht in die Dutzende: 94 Haubitzengranaten im sowjetischen Kaliber 152 Millimeter und im vergleichbaren NATO-Kaliber 155 Millimeter sowie 17 Haubitzengranaten im Kaliber 122 Millimeter prasselten auf die Stadt nieder. Fünf Mörsergranaten im Kaliber 120 Millimeter wurden ebenfalls auf die Stadt abgefeuert. Einschläge gab es unter anderem [auf dem Bahnhofsmarkt](#) der Stadt. Zahlreiche Objekte wie Wohnhäuser weisen [Schäden](#) auf, andere [stehen](#) in [Flammen](#), darunter die Fabrik Donplastawtomat und ein Großfuhrpark.

Laut bisher ungeprüften Berichten soll infolge eines unmittelbaren Geschosseinschlags in ein Wohnhaus das fünfte Stockwerk umfassend ins vierte eingestürzt sein – zumindest jedoch sind schwere Schäden an den Decken zwischen mehreren Stockwerken [festzustellen](#). Es gibt Verwundete beziehungsweise Verletzte, deren genaue Zahl bislang noch präzisiert wird. Ein Kindergarten verzeichnete bereits den dritten Geschosseinschlag in der letzten Zeit.

Ebenso übel – wenn nicht gar schlimmer, angesichts der kompakten Größe – erging es der Siedlung Nowobachmutowka im Landkreis von Jassinowataja, einer Trabantenstadt von Donezk: Neben 12 Mörsergranaten und 26 Haubitzengranaten im Kaliber 122 Millimeter flogen auch 20 "Grad"-Raketengeschosse auf die Ortschaft. Jassinowataja selbst wurde mit insgesamt 25 Haubitzengranaten traktiert – davon 15 im Kaliber 122 Millimeter und je fünf der beiden nächstgrößeren Haubitzenkalibern des Sowjet- und des NATO-Standards. Auf die Stadtsiedlung Alexandrowka regneten 15 Mörsergranaten im Kaliber 120 Millimeter und 19 Haubitzengranaten im Kaliber 122 Millimeter nieder. Der Stadtsiedlung Golmowski wurde mit 60 Geschossen des Mehrfachraketenwerfers Grad ebenfalls schlimm zugesetzt.

Insgesamt flogen bisher circa 450 Geschosse aller Kaliber auf die Ortschaften der Volksrepublik Donezk, wobei der Beschuss durch die ukrainischen Streitkräfte noch anhält. Die republikweite Zahl der Verwundeten und sonstiger Verletzter sowie gegebenenfalls der Todesopfer infolge des heutigen Beschusses der Kiew-treuen Truppen wird zum

Redaktionszeitpunkt noch ermittelt.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/original/62c2ede6b480cc03fa523a07.png>

Mehrstöckiges Wohnhaus an der Lusin-Straße 4, Stadtbezirk Kuibyschew der Stadt Donezk, nach unmittelbarem Geschosseinschlag

17:50 de.rt.com: **Außenminister Schwedens und Finnlands zu Beitrittsgesprächen im NATO-Hauptquartier eingetroffen**

Die Außenminister Finnlands und Schwedens sind am Montag zu Gesprächen mit der NATO über den formellen Beginn des Beitrittsprozesses zum Militärbündnis zusammengekommen. Das erklärte die NATO in einer [Pressemitteilung](#). Schwedens Außenministerin Ann Linde gab zudem auf Twitter bekannt, dass die Beitrittsprotokolle der beiden Länder schon morgen von den 30 NATO-Mitgliedsstaaten unterschrieben werden sollen:

"Ich werde auch an der morgigen Sitzung des Nordatlantikrats (NAC) teilnehmen, auf der die Beitrittsprotokolle Schwedens und Finnlands von den 30 NATO-Mitgliedern unterzeichnet werden sollen."

Es wird erwartet, dass die Botschafter der 30 NATO-Mitgliedsländer am Dienstag die Beitrittsprotokolle für Schweden und Finnland unterzeichnen und damit eine monatelange Frist für die Ratifizierung der Mitgliedschaft durch die Bündnisstaaten einleiten. Die Beitritte müssen von allen 30 NATO-Ländern gebilligt werden.

abends:

18:20 de.rt.com: **Platz vor britischer Botschaft in Moskau bekommt Namen der Volksrepublik Lugansk**

Die Einwohner der russischen Hauptstadt haben sich auf einer Umfrage-Plattform dafür ausgesprochen, einen Platz vor der britischen Botschaft in Moskau zu Ehren der Volksrepublik Lugansk zu benennen. Dies geht aus einer Mitteilung auf dem Moskauer Bürgermeister- und Regierungsportal hervor.

Demnach gaben knapp 57 Prozent der Befragten ihre Stimmen für das Territorium nahe der britischen Auslandsvertretung. Als weitere mögliche Optionen waren unter anderem ein Ort nahe dem deutschen Konsulat sowie ein Gelände zwischen den Botschaften Litauens und Belgiens zu wählen. Insgesamt nahmen fast 110.000 Moskauer an der Befragung teil. Ende Juni hatte bereits ein unbenanntes Areal nahe der US-Botschaft in Moskau nach den

Ergebnissen einer ähnlichen Online-Umfrage den Namen "Platz der Volksrepublik Donezk" erhalten.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/original/62c2fc62b480cc05287b0b3e.jpg>

Botschaft des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland in Moskau

Telegram-Kanal der Volksmiliz der DVR: Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR über die Lage um 19:30 Uhr am 04.07.22

Die ukrainische Seite terrorisiert weiter die Zivilbevölkerung der Republik, indem sie massive Artillerieschläge auf Wohngebiete und Objekte der zivilen Infrastruktur verübt, die ihrerseits keine militärischen Objekte sind und keine Gefahr für den Gegner darstellen.

Am heutigen Tag hat der Gegner nach Informationen des GZKK der DVR **mehr als 500 Geschosse** mit Mehrfachraketenwerfern „Uragan“ und „Grad“, Rohrartillerie des Kalibers 155, 152 und 122mm sowie 120mm-Mörsern **abgefeuert**.

Die Gebiete von **12 Ortschaften** der Republik wurden beschossen. Infolge von Beschuss wurden **17 Zivilisten verletzt, zwei starben**. 14 zivile Infrastrukture Objekte wurden beschädigt.

Zusätzliche Informationen über verletzte Zivilisten und Schäden an Infrastruktur werden noch ermittelt.

18:45 de.rt.com: IEA-Chef: EU importierte erstmals mehr Gas aus den USA als aus Russland - Auf "harten Winter" vorbereiten

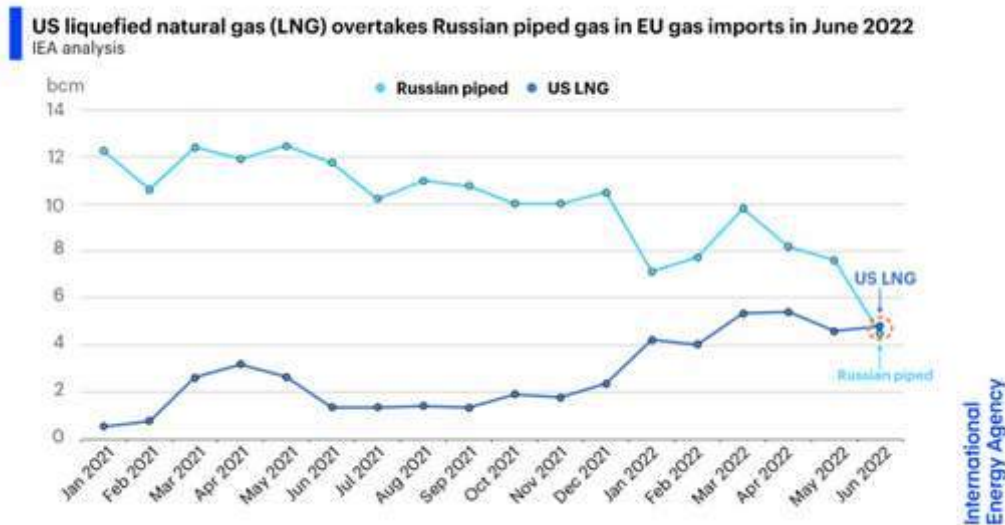
Nach Russlands kürzlicher Drosselung seiner Gaslieferungen hat die EU im Juni erstmals mehr Gas aus den USA importiert als aus Russland. Das geht aus neuesten Erhebungen der Internationalen Energieagentur (IEA) hervor. IEA-Chef Fatih Birol schrieb am Donnerstag auf [Twitter](#):

"Die jüngsten drastischen Kürzungen der russischen Erdgaslieferungen in die EU bedeuten, dass die EU in diesem Monat zum ersten Mal in der Geschichte mehr Gas über LNG aus den USA als über Pipelines aus Russland importiert hat."

Gas aus den USA kommt als Flüssiggas (LNG, Liquefied Natural Gas) per Schiff in der EU an. Bisher spielte LNG in der EU eine untergeordnete Rolle, unter anderem weil es aufwendig verarbeitet werden muss. Die durch den Rückgang russischer Gaslieferungen entstandene Versorgungslücke in Europa kann das amerikanische Gas jedoch nicht kompensieren.

Die Gaslieferungen aus Russland sind in den vergangenen Wochen kontinuierlich gesunken. Grund hierfür sind Wartungsarbeiten an der Ostsee-Pipeline Nord Stream 1. Im Juni sind die russischen Gaslieferungen nun so stark zurückgegangen, dass Europa zunehmend einer Gas-Mangellage entgegensieht. "Der Rückgang der russischen Lieferungen erfordert

Anstrengungen zur Reduzierung der EU-Nachfrage, um sich auf einen harten Winter vorzubereiten", so Birol.



<https://pbs.twimg.com/media/FWgSzaZUsAADd-R?format=png&name=small>

19:25 de.rt.com: **Absturz einer Drohne im russischen Taganrog: Privathaus gerät in Brand**

Wie der Telegram-Kanal Klymenko Time [meldet](#), soll es mehreren Berichten zufolge zu einem Absturz einer Drohne in ein Privathaus in der russischen Stadt Taganrog in der Region Rostow (Don) gekommen sein. Das Haus geriet dabei in Brand.

Nach Angaben von Augenzeugen soll es keine Verletzten gegeben haben, jedoch sei eine Frau aus dem Feuer gerettet worden. Es gibt zur Stunde noch keine offiziellen Stellungnahmen und auch keine Informationen darüber, aus welchem Land die Drohne stammte.



https://cdn4.telegram-cdn.org/file/YL5EhZJPr6CSQZXxDnAWbNIdHnC8AKQvaHuEJJhxxkFS1C8VwsJrGnORJxhyiE4P-yCRqjMgw1Ev4BceCqsSJ7uxAPy6rHpZfuApevq0rId4mFM-e7_d_ZVzcal0GZclqx2S5_XYnw9D9gCNkUmKG4ktcjYMklxXxSkIHWzC7ZGd0Nnox_xW05J4lrSo63AcyjoTIDKZxEjRTYiEF0QL0wQkq6xjNgA0-Qup1fdxnhWqEKEJ-5WNomHaxgnZiwOCTEeE9aWJe7QWJyv6v3egsm3FpSw7JnSPQYssKVYf-HDunbmKzTid1wh1KU1sczOcaZPObubcb369hRc6fQrt3w

19:50 de.rt.com: **Russische "PromSwjasBank" eröffnet in Cherson – lange Schlangen vor neuer Filiale**

Der Telegram-Kanal Readovka [berichtet](#) aus Cherson, dass eine Filiale der russischen "PromSwjasBank" offiziell in Cherson eröffnet wurde. Sie ist die erste russische Bank, die

beschlossen hat, ihre Aktivitäten in den befreiten Gebieten auszuweiten. Alle Arten von Bankdienstleistungen – von der Ausstellung von Karten und dem Abheben von Geld an Geldautomaten über die Eröffnung von Spar- und Girokonten bis hin zum Währungsumtausch – stünden den Einheimischen zur Verfügung.

Für die Zukunft plant die Bank, ihre Tätigkeit in der Region Cherson auszuweiten, neue Filialen zu eröffnen und den Kunden ein umfassenderes Dienstleistungspaket anzubieten. Zurzeit stehen die Bürger von Cherson Schlange, um die Dienste der Bank in Anspruch zu nehmen.

Zuvor war am 30. Juni die erste Filiale der russischen Bank in [Melitopol](#) eröffnet worden.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/original/62c30631b480cc03fa523a2b.png>

Kunden vor der neueröffneten Bankfiliale in Cherson, 4. Juli 2022